

Informationen zur Datenverarbeitung

(Stand: 02.03.2023)

Die nachfolgenden Informationen zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten werden Ihnen gemäß Artikel 13 der Verordnung (EU) 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung, DSGVO) zur Verfügung gestellt. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher, weiblicher und diverser Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

Als verantwortlicher Fachbereich diverser IT-Sicherheitsmaßnahmen informieren wir Sie nachfolgend über die Verarbeitung personenbezogener Daten im Zusammenhang mit den verbesserten und neueingeführten Produkten. Diese Verbesserungen haben das Ziel die IT-Sicherheit durch mehr Transparenz, bessere Technologien und schnellere Reaktion deutlich zu verbessern. Aufgrund der akuten Bedrohungslage sind diese Verbesserungen zwingend notwendig, um die Nutzung der Fachverfahren zu gewährleisten.

Zu den verbesserten Produkten gehören vor allem die Erweiterung der Antivirenlösung auf ein Endpoint Detection Reaction-Tool“ (EDR). Endpunkterkennung und -reaktion (EDR) ist ein integrierter, mehrschichtiger Ansatz für den Endgerätschutz, der kontinuierliche Echtzeitüberwachung und Endpunktanalyse mit regelbasierter automatischer Reaktion kombiniert. Weiterhin wurde die bestehende IT-Infrastruktur gehärtet, was bedeutet, dass die vorhandenen Komponenten sowie deren Zusammenspiel überprüft und verbessert wurden.

Hinsichtlich der besseren Transparenz und schnelleren sowie angemessenen Reaktion wird ein „Security Operation Center“ (SOC) implementiert. Dieses hat die Funktion als Schaltzentrale für die operative IT-Sicherheit zu agieren.

Die Vertragspartner der eingesetzten Produkte haben eine C5-Zertifizierung, was den höchstmöglichen Sicherheitsanforderungen entspricht. Sämtliche Dienste werden gemäß einer Auftragsdatenverarbeitungsvereinbarung nach Art. 28 EU-DSGVO erbracht.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Landeshauptstadt Potsdam
Der Oberbürgermeister
Friedrich-Ebert-Str. 79/81
14469 Potsdam

Innerorganisatorisch für die Datenverarbeitung verantwortlich:

Organisationseinheit	Fachbereich E-Government (FB 54)
Telefon:	0331 / 289 - 1301
E-Mail:	E-Government@rathaus.potsdam.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Datenschutzbeauftragter der Landeshauptstadt Potsdam
Friedrich-Ebert-Str. 79/81
14469 Potsdam

Telefon:	0331 / 289 - 1167
E-Mail:	datenschutzbeauftragter@rathaus.potsdam.de

3. Datenverarbeitung

Im Rahmen der Tätigkeiten werden verschiedene Daten der Mitarbeitenden verarbeitet und im SOC-Service gesammelt und korreliert. Dabei werden folgende personenbezogene Daten von Mitarbeitenden, Dienstleistern und zum Teil auch Kunden (Bürger) verarbeitet:

Name, Vorname, E-Mailadresse, Quell-IP-Adresse, Ziel-IP-Adresse, aufgerufene Website, Zeitpunkt und Art des Zugriffs, aufgerufene Applikationen, Angaben zum Browser, Identifikation des Endgerätes

Im Falle der Erhebung oder Verarbeitung personenbezogener Daten zu Analysezwecken (Auslastungen, Statistiken, Trends und sonstige Analysen) werden sämtliche rückverfolgbaren bzw. Zuordnungsdaten anonymisiert. Weiterhin ist die Verarbeitung zwingend auf die in 4. genannten Zwecke beschränkt.

4. Zwecke und Grundlagen der Datenverarbeitung

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten der Mitarbeitenden erfolgen zu folgenden Zwecken:

- Etablierung einer IT-Sicherheit nach Stand der Technik
- Abwehr von Cyber-Bedrohungslagen
- Erlangung von Transparenz über IT-Komponenten
- Angemessene Reaktion auf Angriffsversuche und erfolgreiche Angriffe (Vorfälle)
- Minimierung des Risikos von Cyber-Angriffen für unsere Verwaltung
- Nachweis zur Pflichterfüllung (DSGVO sowie sonstige gesetzliche Vorgaben) der Verwaltung im Bedarfsfall und gemäß der Technisch Organisatorischen Maßnahmen der LHP

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zur Wahrung unserer berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs.1 lit. f) DS-GVO. Unser berechtigtes Interesse besteht darin, eine angemessene IT-Sicherheit nach Stand der Technik zu etablieren. Weiterhin erfolgt die Verarbeitung als Aufgabe im öffentlichen Interesse (Wahrung der öffentlichen Sicherheit sowie die Verfügbarkeit von Verwaltungsdienstleistungen) bzw. in Ausübung öffentlicher Gewalt gem. Art. 6 Abs. lit. e) DS-GVO. Fachverfahren (Bund, Land, Kommune) und Bürgerservices (Bevölkerung) sind abhängig von der Erfüllung der Schutzziele der LHP.

5. Automatisierte Entscheidungsfindung

Es findet

- keine automatisierte Entscheidungsfindung statt.
 eine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling statt, Art. 22 DS-GVO.

Sollten wir diese Verfahren in Einzelfällen einsetzen, werden wir Sie hierüber vorab gesondert informieren, sofern dies gesetzlich vorgegeben ist. Die Betriebsprozesse zu Quarantäne, Blockierungs- und Trennungsmaßnahmen von Endgeräten werden zeitnah dokumentiert.

6. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Wir stellen sicher, dass Ihre personenbezogenen Daten ausschließlich für eine begrenzte Anzahl von befugten Personen zugänglich sind, die diese Daten für die Bereitstellung der oben genannten Verarbeitungszwecke kennen müssen.

Die personenbezogenen Daten werden erforderlichenfalls folgenden Empfängern bzw. Kategorien von Empfängern zugänglich gemacht:

innerhalb des Verantwortlichen:

FB 54 (E-Government)

Auftragsverarbeiter

DTS Systeme GmbH, SoftwareONE Deutschland GmbH, Trend Micro Deutschland GmbH

Eine Weitergabe, Verkauf oder sonstige Übermittlung Ihrer personenbezogenen Daten an Dritte erfolgt nicht, es sei denn, dass dies zum Zwecke der Vertragserfüllung mit Ihnen erforderlich ist oder Sie ausdrücklich Ihre Einwilligung dazu gegeben haben.

Die beauftragten Dienstleister sind vertraglich zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften verpflichtet und verarbeiten personenbezogene Daten nur nach unseren Weisungen.

Die personenbezogenen Daten, die wir im Rahmen der Dienstleistungen erheben oder verarbeiten, werden nicht an Empfänger außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums ("EWR") weitergeleitet.

7. Dauer der Speicherung

Die personenbezogenen Daten werden routinemäßig gelöscht, wenn sie nicht mehr für die Zweckerreichung erforderlich sind gem. Art. 17 Abs. 1 lit. a) DSGVO und auch nicht mehr gesetzlichen (insb. steuerrechtlichen) Aufbewahrungsfristen unterliegen gem. Art. 17 Abs. 1 lit.e) DSGVO.

An die Stelle einer Löschung tritt die Sperrung, sofern rechtliche oder tatsächliche Hindernisse einer Löschung der Daten entgegenstehen, z.B. bei Vorliegen besonderer handels- oder steuerrechtlicher Aufbewahrungspflichten, zur Erhaltung von Beweismitteln im Rahmen der Verjährungsvorschriften oder bei offenen Forderungen.

Die im Rahmen der IT-Sicherheitsmaßnahmen erhobenen Daten werden für die Dauer von 3 bis 6 Monaten nach Erfassung aufbewahrt.

8. Datensicherheit

Wir haben technische und organisatorische Maßnahmen ergriffen, die geeignet sind, die unbefugte oder unrechtmäßige Offenlegung Ihrer personenbezogenen Daten, den unbefugten oder unrechtmäßigen Zugriff auf Ihre personenbezogenen Daten oder Verlust,

Vernichtung, Änderung oder Beschädigung Ihrer personenbezogenen Daten, ob unbeabsichtigt oder unrechtmäßig, zu verhindern.

Diese Maßnahmen gewährleisten ein Sicherheitsniveau, das den von der Verarbeitung ausgehenden Risiken und der Art der zu schützenden personenbezogenen Daten entspricht. Unsere Sicherheitsmaßnahmen werden entsprechend der technologischen Entwicklung fortlaufend verbessert.

9. Betroffenenrechte

Jede von der Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:

- ☒ Im Falle einer erteilten Einwilligung zur Datenverarbeitung: ein jederzeitiges Widerrufsrecht in der Form der zulässigen Einwilligung (Art. 7 Abs. 3 DS-GVO)
(Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.);
- ☒ Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO);
- ☒ Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO);
- ☒ Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Art. 16 DS-GVO);
- ☒ Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Art. 17 DS-GVO zutrifft
(Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Art. 17 Abs. 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Art. 18 DS-GVO.);
- ☒ Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Art. 18 Abs. 1 lit. b, c und d DS-GVO)
(Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.);
- ☒ Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Art. 21 DS-GVO).

10. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet wurden. Die Beschwerde ist zu richten an:

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht
Stahnsdorfer Damm 77
14532 Kleinmachnow

Telefon:	033203 / 356 - 0
Fax:	033203 / 356 - 49
E-Mail:	poststelle@lda.brandenburg.de